

„Vorschläge gehen in falsche Richtung“

KINDERBETREUUNG CDU/Grüne-Gruppe pocht auf Einhaltung von Mindeststandards

Mindeststandard sei ein zusätzlicher Ruheraum im Kindergarten Ostpreußenstraße. Auf Fördermittel zu verzichten, ist für die Gruppe nicht nachvollziehbar.

VON LORE TIMME-HÄNSEL

BRAKE – Die Vorschläge von SPD und WGB zur Kinderbetreuung in Brake gehen in die falsche Richtung. Sie entsprechen nicht dem Elternwillen und auch nicht den Zielvor-

stellungen des Arbeitskreises. Diese Ansicht vertritt die CDU/Grüne-Ratsgruppe.

Freie Kindergartenplätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu nutzen, sei ein Vorschlag der CDU/Grüne-Gruppe gewesen, erinnert Hans-Dieter Beck. Weil der Bedarf an Krippenplätzen größer sei als der Bedarf an Kindergartenplätzen habe man im Arbeitskreis Zielvorstellungen erarbeitet, die SPD und WGB nun zum Scheitern gebracht hätten.

Stärker als jeder andere städtische Kindergarten wird der Kindergarten Ostpreußen-

straße nachgefragt. Um den unter Dreijährigen in den altersübergreifenden Gruppen in dieser Einrichtung eine Rückzugs- und Ruhemöglichkeit zu geben und damit Mindeststandards zu erfüllen, hält die CDU/Grüne-Gruppe den Ausbau um zumindest einen Raum für absolut notwendig. Der Ruheraum könnte zu 95 Prozent mit Fördermitteln finanziert werden. Mindeststandards nicht einzuhalten und auf Fördermittel zu verzichten, ist für die Ratsgruppe nicht nachvollziehbar.

Der Kindergarten Gustav-Heinemann-Straße ist der ein-

zige Kindergarten in Brake, der behindertengerecht gebaut worden ist. Er ist aus Sicht der CDU/Grüne-Gruppe bestens dafür geeignet, eine Kooperation mit der Lebenshilfe einzugehen, um dort eine integrative Kinderkrippe einzurichten. „Wir wollen eine vernünftige Nutzung für alle städtischen Einrichtungen und das Personal halten“, unterstreicht Daniel Stellmann, Vorsitzender des Jugend-, Sport- und Sozialausschusses.

Gruppensprecher Claus Plachetka fordert außerdem flexiblere Öffnungszeiten in al-

len Kindertagesstätten in Brake bereits zum neuen Kindergartenjahr und ein Leistungsangebot (beispielsweise Mittagessen), das den Wünschen der Eltern entspricht. „Wir brauchen nicht noch ein Papier, wir müssen handeln“, sagt er.

Der von der WGB-Fraktion eingebrachte Personalpool für alle Mitarbeiter in Kindertagesstätten in städtischer und freier Trägerschaft ist laut CDU/Grüne zum Scheitern verurteilt. Der evangelische Kindergarten hat dem Personalpool bereits eine Absage erteilt.